

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

16. Mai 1946

Blatt 630

Wiener, schützt den Blumenschmuck unserer Wälder und Wiesen!

=====

Schon in den ersten Frühlingswochen konnte man allerorts eine Wahrnehmung machen, die auf eine Verwüstung des heimischen Blumenschmuckes in einem Ausmaße schließen ließ, wie es bisher noch nie der Fall war. Ausflügler, gewerbsmäßige und noch mehr zahlreiche unbefugte Blumenhändler brachten massenweise Blumen und Blütenzweige in die Stadt oder boten solche zum Verkauf an.

In den vergangenen Jahrzehnten gelang es den mit gesetzlichen Naturschutz sich befassenden Stellen die Bevölkerung davon zu überzeugen, wie sinnlos es ist, die Natur ihres Pflanzenschmuckes zu berauben. Das Ergebnis dieser aner kennenswerten Selbstdisziplin war, daß bereits früher selten gewordenen Gewächse sich wieder weit verbreiteten. Der Krieg brachte auch auf diesem Gebiet eine hemmungslose Disziplinlosigkeit mit sich. Blumenhändler machen sich nicht nur schwerer Übertretungen der Naturschutzgesetze schuldig, sondern verlangen für ihre unerlaubte Ware auch noch Preise, deren Höhe selbst schon das Erstaunen der in Wien erscheinenden alliierten Presse hervorrief. Künftighin werden daher alle Sicherheits- und Wachorgane weisungsgemäß nicht nur gegen den Unfug der geschil derten Art, sondern auch gegen jede Preisüberschreitung beim Ver kauf von Blumen einschreiten.

Verbesserung der Gasversorgung!

=====

Die Alliierten haben sich entschlossen, eine größere Kohlenmenge zur Gaserzeugung freizugeben, so daß eine Verbesserung der Gaslieferzeiten vorgenommen werden kann.

Ab Sonntag, den 19. d.M. gelten folgende Gaslieferzeiten:

Montag, Mittwoch und Freitag

von 5 Uhr 30 bis 14 Uhr und
von 18 Uhr 30 bis 21 Uhr,

Dienstag, Donnerstag und Sonntag

von 5 Uhr 30 bis 8 Uhr,
von 11 Uhr bis 14 Uhr und
von 18 Uhr 30 bis 21 Uhr,

Samstag

von 5 Uhr 30 bis 8 Uhr,
von 11 Uhr bis 16 Uhr und
von 18 Uhr 30 bis 21 Uhr.

Die Gasrationen können vorläufig nicht erhöht werden. Die höchst zulässige Gasbezugsmenge beträgt bei Haushalten bis zu 3 Personen 0'6 Kubikmeter, bei größeren Haushalten 0'9 Kubikmeter je Tag. Der Gasverbrauch in den Haushalten wird nach wie vor überprüft werden. Bei Überschreitungen muß die Gasanlage gesperrt werden.

Neugestaltung des Geschichtsunterrichts

=====

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschichtslehrer an den Mittelschulen Wiens veranstaltete vom 13. bis 15. Mai 1946 im Einvernehmen mit dem Stadtschulrate für Wien eine Tagung, an der auch die Geschichtslehrer der Hauptschulen teilnahmen. Auf dem Programm standen grundsätzliche Vorträge und Beratungen über die Reform des Geschichtsunterrichtes im neuen Österreich.

Nach der Begrüßung der Tagung durch den Obmann der Arbeitsgemeinschaft Prof. Dr. Korger sprach Bundesminister für Unterricht Dr. Hurdes und drückte seine Hoffnung aus, daß die Tagung erfolgreiche Arbeit leisten werde. Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien Nationalrat Dr. Zechner hielt hierauf einen grundlegenden Vortrag über die Reform des Geschichtsunterrichtes. Der Lehrstoff der Geschichte müsse so ausgewählt werden, daß er der neuen Bildungsaufgabe der Schule am besten entsprechen könne. Unsere Bildungswerte können unter dem Begriffe der Humanität subsumiert wer

den, also des sozialen Wertes, dessen Realisierung das Gemeinschaftsleben überhaupt erst ermöglicht.

Univ. Prof. Dr. Meister sprach zum Thema "Geschichtsphilosophie-Geschichtswissenschaft - Geschichtsunterricht". Auf hohem geistigen Niveau gelang es ihm sowohl scharf wissenschafts-logische Definitionen zu geben, aber doch auch für die Praxis und Methodik des Unterrichtes Wesentliches beizusteuern.

Am zweiten Tag sprach Hochschulprofessor Dr. Lugmayer über die christliche Geschichtsphilosophie und Univ. Prof. Dr. Stern über die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus. Damit wurden im Gegensatz zu den in den letzten Jahren üblichen Einseitigkeiten der Geschichtsbetrachtung zwei Geschichtstheorien entwickelt, deren Bedeutung jetzt wieder gebührend gewürdigt werden kann.

Der dritte Tag war den Problemen der österreichischen Geschichte gewidmet. Univ. Doz. Dr. Müller sprach über den "Österreichischen Staatsgedanken" und Univ. Doz. Dr. Lhotzky über "Das Werden des österreichischen Staates". Besonders durch diese beiden Vorträge und durch das geistvolle Schlußwort des Vertreters des Bundesministeriums für Unterricht, Sektionschef Dr. Gassner, wurde deutlich, daß die Geschichte Österreichs wohl einen wesentlichen Bestandteil unseres Geschichtsunterrichtes darstellen muß, daß sie unbedingt losgelöst von der großdeutschen Ideologie vorzutragen ist, daß sie aber nur sinnvoll eingebaut in den Rahmen der europäischen und Universalgeschichte gelehrt und begriffen werden kann. Ebenso kam als Ergebnis der Tagung deutlich zum Ausdruck, daß man sich völlig abwenden müsse vom Primat der politischen oder gar der Kriegs- und Dynastengeschichte und daß man größeren Wert legen wird müssen auf die Darstellung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Volkes, Europas und der ganzen Welt.

Man kann demnach feststellen, daß die Tagung, die überdies beschlossen, in Form von kleineren Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskursen die angeschnittenen Probleme im einzelnen weiter zu behandeln, innerhalb des Neuaufbaues des Wiener Schulwesens überaus erfolgreich und erfreulich gewesen ist.

Rückbenennung von Straßen
=====

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat in der Sitzung vom 14. Mai 1946 die Rückbenennung folgender Verkehrsflächen beschlossen:

1.) Die Meistersingerstraße im I. Bezirk wird in Mahlerstraße rückbenannt. Der Text der Erläuterungstafel lautet:

Gustav Mahler, 1860-1911, Symphoniker und Direktor der Staatsoper (1897-1907).

2.) Die Georg Ritter v. Schönerer Gasse im XIII. Bezirk wird in Kardinal Piffl Gasse rückbenannt. Der Text der Erläuterungstafel lautet:

Kardinal Friedrich Gustav Piffl, 1864-1932, Erzbischof von Wien.

3.) Die Plankgasse im XVI. Bezirk wird in Kuffnergasse rückbenannt. Der Text der Erläuterungstafel lautet: Ignaz Edler von Kuffner, Besitzer des Ottakringer Brauhauses, Bürgermeister von Ottakring, 1822-1882.

4.) Die Kolpingstraße im XX. Bezirk wird in Winarskystraße rückbenannt. Der Text der Erläuterungstafel lautet: Leopold Winarsky, Gemeinderat, 1873-1915.

5.) Der Pater Abel Platz im XX. Bezirk wird in Friedrich Engels Platz rückbenannt. Der Text der Erläuterungstafel lautet:

Friedrich Engels, Politiker, 1820-1895.

Ausgabe von Tabakwaren an Wiener Heimkehrer
=====

Das Hauptwirtschaftsamt Wien gibt im Einvernehmen mit der Österreichischen Tabakregie bekannt:

Heimkehrer, die in der Zeit vom 5. bis 18. Mai 1946 aus der ehemaligen deutschen Wehrmacht in Wien entlassen wurden und hier ihren ständigen Wohnsitz haben, erhalten ausnahmsweise einen Berechtigungschein zum Ankauf von 20 Stück Zigaretten wahlweise der Sorte "B" oder "A" oder 6 bzw. 4 Zigarren.

Die in Betracht kommenden Personen haben sich unter Mitnahme des Entlassungsscheines, aus welchem eindeutig zu ersehen ist, daß der Heimkehrer tatsächlich in der Zeit vom 5. bis 18. Mai entlassen wurde, zur Empfangnahme des Berechtigungsscheines im Raucherkartenreferat des Hauptwirtschaftsamtes, Wien I., Strauchgasse 1, 2. Stiege, 3. Stock, Zimmer 123, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr einzufinden.

Die Wiener Tabaktrafiken der Bezirke I-XXVI werden angewiesen, die mit dem Amtssiegel versehenen Berechtigungsscheine bei Ausfolgung der Rauchwaren einzuziehen und diese wie die Abschnitte M4/13 zu verrechnen.

Die Berechtigungsscheine verlieren mit 25. Mai 1946 (einschließlich) ihre Gültigkeit und dürfen nach diesem Zeitpunkt nicht mehr angenommen werden.

Bezugsanweisungen für Saatkartoffeln an Nachzügler
=====

Die Magistratsabteilung 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen, gibt am Samstag, den 18.d.M. im I. Bezirk, Doblhoffgasse 6, in der Zeit von 7 bis 12 Uhr, Bezugsanweisungen für Saatkartoffeln an Nachzügler aus. Erntelandinhaber erhalten die Bezugsanweisungen gegen Vorlage der Erntelandausweiskarte 1946, Hausgärten gegen Vorlage des Grundbesitzbogens.

Kinder fahren in die Schweiz.
=====

Gestern fahren wieder 370 erholungsbedürftige Kinder aus Wien und Niederösterreich in die Schweiz. Stadtrat Dr. Freund hatte sich zur Verabschiedung auf dem Wiener Franz Josefs-Bahnhof eingefunden.

Gemeinderatssitzung vom 16. Mai 1946
=====

Nach Erledigung der Tagesordnung wurden nachstehende von der Fraktion der Sozialistischen Partei eingebrachte Anträge verlesen und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

A n t r a g
=====

der Gemeinderäte Hummel, Peischl, Muhr und Genossen (SPÖ).

Bei der heutigen Konkurrenzierung in der Leichenbestattung wird es immer wieder unangenehm von der Bevölkerung empfunden, daß noch am Sterbebett ein Konkurrenzkampf um die Bestattung der Leiche beginnt. Darüber hinaus soll die Bestattung der Leichen nach gewissen Richtlinien auf eine einheitliche Basis gebracht werden. Es muß außerdem noch Sorge getragen werden dafür, daß den Mittellosen gleichfalls eine würdige Bestattung der Leichen garantiert wird. Um diese, wohl von allen Teilen der Bevölkerung gewünschte Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, die gesamte Leichenbestattung der Gemeinde zu übertragen.

Der Gemeinderat wolle daher beschließen:

Die gesamte Leichenbestattung ist der Gemeinde Wien zu übertragen. Alle privaten Leichenbestattungen sind von der Stadtverwaltung zu übernehmen und in einem Gemeindebetrieb zu vereinigen.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Nödl, Lehner und Genossen (SPÖ).

Die Gesundheit der Wiener Bevölkerung hat durch den Krieg schwer gelitten. Besonders arg sind die gesundheitlichen Schädigungen der Jugend. Nach dem ersten Weltkriege hat die Gemeinde eine Fürsorge aufgebaut, die in der ganzen Welt Anerkennung gefunden hat. Der Faschismus hat diesen Fürsorgeapparat zum großen Teil zerstört. Ihn wieder aufzubauen und damit wieder die Voraussetzung für das Heranwachsen einer gesunden Jugend zu schaffen, ist eine der dringendsten Aufgaben der neuen Gemeindeverwaltung.

Der Gemeinderat wolle daher beschließen:

1.) Wiederherstellung der Mütter- und Kinderfürsorge, wie sie bis 1934 bestanden hat.

2.) Ehestige Wiederherstellung der zerstörten Kinderfreizeiter und Schaffung von Spielplätzen und Spielwiesen für schulpflichtige und vorschulpflichtige Kinder.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Adelpoller, Hummel, Wiedermann und Genossen (SPÖ).

Der Krieg hat zu einer vollständigen Zerrüttung des Wiener Verkehrswesens geführt. Bei voller Anerkennung der Leistung der Wiener Verkehrsbetriebe und ihrer Bediensteten beim Wiederaufbau des städtischen Verkehrswesens muß doch festgestellt werden, daß von einer Befriedigung der dringendsten Verkehrsbedürfnisse der Wiener Bevölkerung noch keine Rede sein kann.

Es wird daher folgender Antrag gestellt und die Verlesung verlangt:

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe hat alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, um so rasch als möglich eine Erleichterung des Straßenbahnverkehrs und die Erschließung der vom Verkehr noch unberührten Stadtgebiete herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sind auch die leistungsfähigen privaten Elektrofirmen zur Wiederherstellung des Oberleitungsnetzes und die private Waggonbauindustrie zur Durchführung von Reparaturarbeiten im weitestgehenden Ausmaße heranzuziehen.

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe wird ferner beauftragt, alles zweckdienliche zu unternehmen, um den Betrieb von Autobuslinien wieder aufzunehmen. An erster Stelle sind jene Linien wieder zu eröffnen, die die am Stadtrand liegenden Stadtteile oder Vorbergemeinden mit Wien verbinden, deren Bewohner hauptsächlich in Wien beschäftigt sind.

Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei hat die nachstehenden Anträge eingebracht, die gleichfalls verlesen und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurden.

A n t r a g

der Gemeinderäte Schwaiger, Hartmann, Deibl und Genossen (ÖVP).

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien stelle ich folgenden Antrag und ersuche um dessen Verlesung vor Schluß der öffentlichen Sitzung:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, daß seitens des Stadtbauamtes alles darangesetzt wird, um die Voraussetzung für eine Verbesserung der Beleuchtungsverhältnisse vornehmlich in den Randgebieten Wiens in Bälde zu schaffen und dadurch der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, unter Umständen auch später als zur Zeit der Dämmerung nach Hause zurückzukehren.

Begründung: Die Sicherheitsverhältnisse haben in Wien leider zu einer bisher nicht gekannten Anhäufung von Gewaltverbrechen und sonstigen kriminellen Fällen geführt, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß die Stadt zu einem grossen Teil noch immer während der Nachtzeit in völliges Dunkel gehüllt ist. Wenngleich in diesem Zusammenhange schon sehr viel geschehen ist und speziell die Hauptverkehrsstrassen zum Teil schon beleuchtet sind, so muß doch das Augenmerk darauf gerichtet sein, auch die Nebenstrassen und speziell auch die Verkehrswege in den Wiener Randgebieten zu beleuchten. Die Schäden, die dort infolge von Kriegseinflüssen entstanden sind, dürften nicht so schwerwiegende sein, daß in dieser Beziehung nicht bald eine Wiederaufnahme der Beleuchtung erfolgen könnte.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Bauer, Küblböck, Haim und Genossen (ÖVP).

Gemäss § 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien, stelle ich den Antrag an den Stadtrat der Gruppe X, die Verfügung des Zentralernährungsamtes der Stadt Wien, wonach einer Gruppe von Arbeitern des Gast- und Hotelgewerbes die Lebensmittelzusatzkarten entzogen wurden, widerrufen zu lassen. Gemäss § 18 der Geschäftsordnung bitte ich diesem Antrag die Dringlichkeit der Behandlung zuzuerkennen.

Begründung: Das Zentralernährungsamt der Stadt Wien hat in Verhandlungen mit der Innung des Gast- und Schankgewerbes für die Hotelbetriebe festgelegt, dass die Zuteilung von Lebensmittelzusatzkarten für Arbeiter dieser Betriebe von der Anzahl der Betten abhängig ist. So wurde festgelegt, dass für die ersten 15 Betten eine Angestelltenzusatzkarte und für je weitere 10 Betten eine Zusatzkarte für die Arbeiter dieser Betriebe zuerkannt wird. Wenn z.B. in einem Hotel 45 Betten bereitstehen, so können höchstens 4 Arbeiter die Zusatzkarten für Angestellte erhalten. Um bei diesem Beispiel zu bleiben, muss festgestellt werden, dass in Betrieben bei einer derartigen Bettenanzahl meistens 9 Arbeiter beschäftigt sind, d.h. dass 5 Arbeiter, obwohl sie 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche zu leisten haben, von der Zuerkennung der Lebensmittelzusatzkarten ausgeschlossen sind. Diese Verhandlungen wurden ohne Zuziehung der Vertretungen der Arbeitnehmer getätigt. Ich wiederhole daher meinen einmündig gestellten Antrag und ersuche den Herrn Stadtrat in der Gruppe X diese einseitig gegen die Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe gerichtete Verfügung aufzuheben.

A n t r a g

der Gemeinderäte Dkfm. Nathschläger, Mazur, Kammermayer u. Genossen (ÖVP).

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien stelle ich folgenden Antrag und ersuche um dessen Verlesung vor Schluß der öffentlichen Sitzung:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII wird aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, daß seitens der Wiener Städtischen Verkehrsbetriebe unverzüglich die Voraussetzungen für eine rasche Wiederaufnahme des Betriebes auf der Linie 2 sowie auf der Linie 13 geschaffen werden.

Begründung: Die 2er- und die 13er-Linie sind neben den Ringlinien sowie den Gürtellinien die wichtigsten Verbindungsmöglichkeiten für eine große Anzahl von Bezirken, die speziell für das Geschäftsleben, aber auch für die Industrie von großer Bedeutung sind. Es wäre daher hoch an der Zeit, wenn diese Verbindungslinien zur Entlastung der übrigen Strecken und zur Vermeidung von größeren Fußmärschen, die die Bevölkerung der betreffenden Stadtteile bisher machen mußte, ehestens wieder in Betrieb genommen würden, und zwar mit der Linienführung, die schon in normalen Zeiten gebräuchlich war.

A n t r a g

der Gemeinderäte Kammermayer, Nathschläger, Erber und Genossen (ÖVP).

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien stelle ich folgenden Antrag und ersuche um dessen Verlesung vor Schluß der öffentlichen Sitzung:

Die amtsführenden Stadträte der Verwaltungsgruppen VII und XII werden aufgefordert geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit die Wiener Verkehrsbetriebe und die Mag.Abt. 47 (Transportlenkung)

im Stande ist Gemüse aus den Stadtrandgebieten auf den Nachmarkt, in die Großmarkthalle und die Märkte der einzelnen Bezirke zu schaffen.

Begründung: In Bezug auf die Gemüseversorgung der Bevölkerung von Wien wurde im vorigen Jahr immer wieder auf das Transportproblem hingewiesen, das zu einem großen Teil an dem völligen Versagen der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Gemüse schuldtragend war. Die Transportverhältnisse haben sich inzwischen gebessert. Es wäre daher zu erwägen, die Städtischen Verkehrsbetriebe während der Nacht zur Einbringung des geernteten Gemüses aus den Randgebieten heranzuziehen, um dasselbe zu den Märkten im Zentrum sowie in die übrigen Bezirke zu schaffen. Ebenso wäre die Mag. Abt. 47 zu beauftragen, alle verfügbaren Transportmittel für den gleichen Zweck stellig zu machen.

A n t r a g

der Gemeinderäte Weinberger, Dr. Hengl, Bauer, Dr. Kresse und Genossen (ÖVP).

Am vergangenen ersten Mai wurde von der Wiener Bevölkerung mit Bedauern festgestellt, daß bei der Beflaggung der städtischen Straßenbahnwagen, der Schul-, Wohn- und sonstigen städtischen Gebäude ausschließlich rote Fahnen verwendet wurden. Dieses Vorgehen der Gemeindeverwaltung entspricht nicht den demokratischen Grundsätzen, die in Wien Anwendung finden sollten und könnte zu der Meinung führen, daß die städtischen Verkehrsmittel, sowie die Schul- und Wohngebäude ausschließlich Eigentum einer bestimmten Partei sind. Es wäre daher Vorsorge zu treffen, daß in Zukunft bei allen Anlässen bei denen beflaggt wird, nur Farben der Stadt Wien Verwendung finden.

Dieser Antrag wird gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien gestellt. Ich ersuche um dessen Verlesung vor Schluß der öffentlichen Sitzung.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Mazur, Kammermayer, Ing. Rieger und Genossen (ÖVP).

Durch die Bombardierungen und die Kriegshandlungen haben zahlreiche Wiener Strassen schwere Schäden erlitten. Die Trichter und Löcher wurden zum grossen Teil zwar notdürftig ausgefüllt, doch haben sich im Laufe der Zeit diese Strassendecken wieder gesenkt, sodass neuerlich derartige Unebenheiten entstanden sind, dass beim Befahren solcher Stellen Achsbrüche und andere schwere Beschädigungen von Motorfahrzeugen entstehen, die unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt nicht, oder nur unter grössten Schwierigkeiten repariert werden können.

Gemäss § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien stelle ich daher den

A n t r a g :

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird aufgefordert, ehestens dafür Sorge zu tragen, dass die Bombentrichter, Schlaglöcher und sonstige grösseren schadhaften Stellen in den Strassendecken der wichtigsten Wiener Verkehrsstrassen durch ordentlichen Strassenbelag beseitigt werden, um schwere Beschädigungen von Fahrzeugen hintanzuhalten.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

Der Wiener Landtag hielt heute um 17 Uhr unter dem Vorsitz des zweiten Präsidenten Thaller eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Fischereiausweis. Die Verhandlung leitete der Abgeordnete Sigmund ein. Er wies darauf hin, dass die Ausstellung der Fischereiausweise vor 1938 keine Angelegenheit der Polizei war und bei der Neuregelung des Gesetzes auch nicht mehr in die Kompetenz der Polizei fallen soll. Um eine vorläufige Rechtsordnung zu schaffen, bleibe nichts anderes übrig, so wie im Falle Jagdkarten, die magistratischen Bezirksämter mit der Ausstellung der Fischereiausweise zu betrauen. Die Erlassung eines Landesgesetzes sei unbedingt erforderlich. Bis dahin soll die zum Antrag gestellte Regelung gelten.

Abgeordneter Steinhardt (KPÖ) betonte, dass seine Fraktion es als Härte empfinde, dass Personen, die einmal wegen einer Übertretung des Fischereigesetzes bestraft wurden, vom Erhalt eines Fischereiausweises ausgeschlossen sein sollen. Früher wäre es etwas leichter zu verschmerzen gewesen, jetzt handle es sich aber um die Beschaffung eines wichtigen Nahrungsmittels. Abgeordneter Steinhardt stellte einen diesbezüglichen Abänderungsantrag.

Stadtrat Sigmund bat in seinem Schlusswort, seinen Antrag in der ursprünglichen Form anzunehmen. Die Fischbestände seien durch den Krieg äusserst dezimiert worden und es gehe nicht an, dass, wie es nach dem kommunistischen Abänderungsantrag der Fall sein würde, die einen die Fischbestände betreuen müssten, während die anderen den Nutzen hätten. Es wird jedoch dafür Sorge getragen werden, dass einmalige Gesetzesübertretungen und Übertretungen von Minderjährigen nicht einen vollkommenen Ausschluss vom Fischereirecht zur Folge haben sollen.

Der Antrag wurde mit einer geringfügigen Änderung, die von Abg. Dr. Freytag (ÖVP) beantragt worden war und unter Ablehnung des kommunistischen Änderungsantrages in erster und zweiter Lesung angenommen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Anschliessend hielt der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz des Gemeinderates Thaller eine Sitzung ab.

Nach der Angelobung der zum ersten Male im Gemeinderat erschienenen Gemeinderäte Johann Franz und Karl Fürstenhofer, die an Stelle der zu Bezirksvorstehern berufenen Gemeinderäte Tober und Wrba treten, die ihr Mandat zurückgelegt haben, werden die durch diese Änderung notwendigen Wahlen in mehrere Gemeinderatsausschüsse vorgenommen.

Eingebraucht wurden 11 Anträge, 2 Dringlichkeitsanträge und eine Anfrage.

Ohne Debatte erfolgte die Beschlussfassung von Friedhofsgebühren, für verschiedene Friedhofsarbeiten in jenen städtischen Friedhöfen, in welchen Grabmalfundierungen derzeit nicht von der Friedhofsverwaltung bzw. deren Beauftragten ausgeführt werden können, ferner die Beschlussfassung eines Arbeitsvertrages mit der Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H. (Wihoko) sowie die Übernahme der unmittelbaren Stromversorgung der Gemeinden Matzendorf und Hölles durch die Wiener städtischen Elektrizitätswerke.

Nach einem Referat des amtsführenden Stadtrates Novy beschloss der Gemeinderat ohne Debatte, die Wasserwerke der Stadt Wien zu einer Ausgabe von 200.000 Schilling zur Behebung von Kriegsschäden am Nordrohrnetz und an Behältern der Wasserleitungsanlagen zu ermächtigen.

Gemeinderätin Kesniczek referierte über eine Subvention in der Höhe von S 17.000 für die "In- und Auslandshilfe für Österreichs Kinder", Aktion n der Bundesregierung, durch die die anlässlich einer künstlerischen und geselligen Veranstaltung fällig gewordenen Vergnügungssteuern rückvergütet werden sollen. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Gleichfalls ohne Debatte beschloss der Gemeinderat nach einem Referat des Gemeinderates Johann Swoboda eine dritte Wasserplanmässige Ausgabe für das Verwaltungsjahr 1945 in der

Höhe von S 300.000 für die Behebung von Kriegsschäden an städtischen Amtsgebäuden.

Durch ein Referat des amtsführenden Stadtrates Novy gelangt sodann der Antrag des Stadtsenates auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen der Wundtgasse, der Südbahn, der Schweinemastanstalt und dem Südwestfriedhof im XII. Bezirk, der einer Erweiterung des Südwestfriedhofes dienen soll, in Verhandlung.

Gemeinderat Dr. Robitschek (ÖVP) erklärte, die Fraktion der ÖVP. sieht ein, dass unbedingt eine Erweiterung des Südwestfriedhofs notwendig ist, es sei aber bedauerlich, dass diese nur auf Kosten der Kleingärten geschehen könne, und beantragt als Ersatz dafür andere Flächen zu bestimmen.

Stadtrat Novy sagte zu, daß die Gemeindeverwaltung selbstverständlich dafür Sorge tragen werde, daß die zum Zwecke der Friedhofserweiterung verloren gegangenen Grünflächen anderweitig für Kleingärten zur Verfügung gestellt werden würden.

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Die Organisation der öffentlichen Fürsorge
 =====

Über die Organisation der öffentlichen Fürsorge referierte amtsführende Stadtrat Dr. Freund. Er schilderte einleitend die Organisation der Fürsorge, die in Wien nach dem ersten Weltkrieg ihre klassische Form gefunden hat und verwies darauf, daß sich die bisherigen Grundlagen der öffentlichen Fürsorge, wie sie seit der Befreiung/^{Wiens}bestanden haben, als unzulänglich erwiesen haben. Es bestehe der Wunsch, demokratische Formen auch im Fürsorgewesen neu zu beleben. Nach dem vorliegenden Antrage sollen in allen Wiener Bezirken Fürsorgeinstitutsvorstände eingesetzt werden, die der jeweils stärksten Partei des Bezirkes zu entnehmen sind. Die zweitstärkste Partei soll den Stellvertreter des Vorstandes stellen. Der Bezirksfürsorgeamtsvorstand wird zugleich auch der Leiter des bürokratischen Apparates des Fürsorgeinstitutes sein. Ihm werden Fürsorgeräte zur Seite stehen, die von den politischen Parteien nominiert und vom Stadtsenat auf Grund des Stärkeverhältnisses der politischen Parteien in den Bezirken bestellt werden. Auch die Bestellung der Vorstände erfolgt durch den Stadtsenat.

Das Statut der öffentlichen Fürsorge wird also im wesentlichen die bewährten Formen der Zeit vor 1938 besitzen und nur in einzelnen Punkten, so weit eine Vereinfachung dadurch erzielt wird, davon abweichen. Die Gemeinde Wien hat derzeit rund 35.000 Personen zu befürsorgen.

Gemeinderat Mühlhauser (ÖVP) begrüßt die Vorlage namens seiner Fraktion. Die Fürsorge für Erwachsene sei gerade heute besonders notwendig. Die ÖVP stehe auf dem Standpunkt, daß auf diesem Sektor nach sachlichen Grundsätzen gearbeitet und jede Politik ausgeschieden werden müsse. Es sei zu begrüßen, daß die Fürsorgeräte unmittelbar mit den zu Betreuenden in Fühlung kommen, da gerade die verschämten Armen meistens die Ärmsten seien. Die Fürsorgeräte dürften nicht wie bisher ihre Sprechstunden in den Sektionen der politischen Parteien abhalten, sondern es müsse jeder Anschein von Parteilichkeit beseitigt werden, als ob die Fürsorgetätigkeit irgendwie von der politischen Einstellung abhängig sei. Die ÖVP stimme den Grundzügen der Organisation zu. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

Gemeinderat Dr. Altmann betont, die Organisationsgrundsätze würden von der kommunistischen Fraktion begrüßt und unterstützt, weil sie ein Schritt auf dem Wege der Demokratisierung der Fürsorge seien, deren Bedeutung gerade in der heutigen Zeit für die gesamte Bevölkerung klar sei. Wir glauben, daß es vielleicht einen günstigeren Weg der Demokratisierung der Verwaltung als den des Proporz geben könnte, aber auch dieser kann ein geeigneter Weg sein, wenn er die fähigen Leute heranzieht, die willens sind, ihre Pflicht zu erfüllen. Formsachen scheinen uns dabei nicht wesentlich zu sein. Hier handelt es sich im wesentlichen um die Wiedererrichtung einer altbewährten Institution, die ihr Führer, der leider zu den Toten der letzten Jahre zählende Prof. Tandler, weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus bestens bekannt gemacht hat. Die hoffentlich bald erfolgende freie Wahl der Bezirksvertretungen werde hoffentlich auch eine entsprechende Änderung des Organisationsstatutes als Grundlage für die Bestellung der Fürsorgeräte bringen. Der Entwurf als Maßnahme zur Demokratisierung der Verwaltung gebe Anlaß, die Demokratisierung auf dem noch wichtigeren Gebiet der Bezirksverwaltung dringend zu urgieren. Es müsse der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß der Wiener Gemeinderat als Landtag in allernächster Zeit Gelegenheit haben werde, über die Berufung der provisorischen Bezirksvertretungen zu verhandeln und ein entsprechendes Gesetz zum Beschluß zu erheben.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Freund gibt in seinem Schlußwort der Genugtuung Ausdruck, daß alle Parteien ihre Zustimmung zu der Vorlage erteilten.

Der Antrag des Referenten wurde unverändert angenommen.

Zwei Dringlichkeitsanträge.
=====

Gemeinderat Bauer (ÖVP) stellte einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Ernährungslage, der sich mit der Zuerkennung von Zusatzkarten an Arbeiter und Angestellte im allgemeinen, an die Bediensteten im Hotelgewerbe im besonderen befasst.

Die Gliederung Angestellter, Arbeiter und Schwerarbeiter hat in der gesamten Arbeiterschaft eine ungute Aufnahme gefunden. Es wäre besser, diese Formulierung aufzuheben und eine Klassifizierung einzuführen. Es gibt jetzt Arbeiter, die nur die Angestelltenkarte erhalten.

Das Arbeiterreferat hat mit den Arbeitgebern der Berufsgruppe der Hotel, Gast- und Kaffeehausbesitzer verhandelt. Es war früher üblich, dass man zu derartigen Verhandlungen selbstverständlich auch die Vertreter der Arbeiter und Angestellten eingeladen hat. Es sollen in Zukunft ganz eigenartige Methoden gelten, unter welchen Voraussetzungen die Zulagekarten für die in den Hotelbetrieben beschäftigten Arbeiter zuerkannt werden. Danach würde die Hälfte der Arbeiter dort keine Zusatzkarte bekommen.

Der Herr Stadtrat solle daher dafür Sorge tragen, dass diese Verfügung, die sehr einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist, sofort aufgehoben wird.

Gemeinderat Lauscher (KPÖ) verlangte in einem weiteren Dringlichkeitsantrage unter Hinweis auf die katastrophale Ernährungslage, dass sich Bürgermeister und Stadtsenat sofort mit der Regierung in Verbindung setzen mögen, um mit den Vertretern der Sowjet-Union zwecks Abschlusses eines sowjetisch-österreichischen Handelsvertrages in Fühlung zu treten. Es wäre allgemein bekannt, wie traurig die Ernährungslage in der ganzen Welt ist, es ist aber ebenso bekannt, dass in den letzten Wochen einer Reihe von Ländern durch Abschluss eines solchen Handelsvertrages rasch geholfen werden könnte. Das Ernährungsamt hat uns in der letzten Zeit vorgeführt, was 950 Kalorien in natura sind. Sie reichen kaum für eine Mahlzeit. Es mehren sich daher auch die Fälle, dass Arbeiter und insbesondere Jugendliche auf

ihren Arbeitsplätzen erschöpft zusammenbrechen. Tritt keine Änderung ein, so ist das Schlimmste zu befürchten. Nachdem die UNRRA selbst betonte, daß man keine übertriebene Hoffnungen in sie setzen möge, könne man es sich nicht mehrleisten, Illusionen nachzulaufen. Die KPÖ stellt sich daher restlos hinter die Forderung der Wiener Arbeiter- und Angestelltenschaft, so rasch als möglich zu einem Handelsvertrag mit der Sowjet-Union zu kommen.

Gemeinderat Kunschak verweist darauf, daß die durch den Antrag berührten Probleme allgemein bekannt seien und bedauert würden. Die Entscheidung über die Ernährungsfrage der Wiener Bevölkerung sei jedoch bestimmten Faktoren überantwortet. Ab 1. Juni werde die Verantwortung in die Hände der UNRRA übergehen. Weder Gemeinde noch Regierungsorgane hätten eine Entscheidung darüber oder könnten eine Änderung in der Ernährungslage herbeiführen. Eine solche Verantwortung dürfe dem Gemeinderat auch unter dem Titel dieses Dringlichkeitsantrages nicht aufgebürdet werden, nur um in der Bevölkerung ein gewisse Stimmung hervorzurufen. Die Sowjet-Union sei auch ohne Handelsvertrag in der Lage, für die Verpflegung der österreichischen Bevölkerung zu sorgen. Kompetent für die Fragen der Handelspolitik sei der Nationalrat und die Regierung, in denen auch Vertreter der kommunistischen Partei sitzen. Im Kabinettsrat sei eine diesbezügliche Aktion von kommunistischer Seite noch nicht unternommen worden. Eine der Hauptaufgaben sei der Abschluß von Handelsverträgen mit allen in Betracht kommenden Staaten, aber der Wunsch der österreichischen Regierung, Handelsverträge abzuschließen, bedeutet noch lange nicht, daß auf ihn auch vom Vertragspartner sofort eingegangen wird. Es sei fraglich, ob ein Handelsvertrag bis zur neuen Ernte zum Abschluß kommen könnte. So klar wir erkennen, daß diesem Massenelend abgeholfen werden muß und so tief wir den Ernst der Situation erkennen, müssen wir doch bei der Behandlung dieser Frage den entsprechenden Ernst walten lassen.

Gemeinderat Dr. Altmann betont, es sei eine selbstverständliche Forderung der arbeitenden Wiener Bevölkerung, Handelsverträge mit jenen Staaten, die uns Hilfe zu geben in der Lage sind, und vor allem mit der Sowjet-Union abzuschliessen. Es sei Pflicht des Gemeinderates, diesen Wunsch der Bevölkerung an der zuständigen Stelle zum Ausdruck zu bringen. Der Antrag sei mit dem Wunsche der arbeitenden Bevölkerung völlig identisch. Eine im Parlament an den zuständigen Minister diesbezüglich gerichtete Anfrage sei unbeantwortet geblieben. Darum scheine der Gemeinderat das richtige Forum für eine Diskussion dieser Frage zu sein, wenn es überhaupt einer Diskussion bedürfe. Es sei zu hoffen, dass sich die Gemeindevertretung Wiens hinter die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung stellen werde, um eine Hilfe der Sowjet-Union durch einen Handelsvertrag zu ermöglichen, und dass darüber hinaus auch die Regierung alles in ihrem Wirkungsbereich Mögliche tun werde, um mit der Sowjet-Union in Fühlung zu treten. Wir müssen in geregelte Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland und mit jenen Staaten treten, auf welche unsere gesamte Wirtschaft hinweist, und hiezu gehört vor allem die Sowjet-Union.

Gemeinderat Kunschak erklärte in einer Entgegnung, wohl alle Abgeordneten seien darüber einig, dass ein Vertrag mit der Sowjet-Union so rasch als möglich abgeschlossen werden solle. Gegen diesen Antrag spreche lediglich die damit verbundene Prophezeiung an die Bevölkerung, dass durch einen Handelsvertrag mit der Sowjet-Union Österreich rasch aller Nöte auf dem Gebiet der Ernährung ledig sei. Wir sind der Überzeugung, dass sich auch ein Handelsvertrag mit Sowjet-Russland nicht in solcher Eile abschliessen lassen wird, dass in absehbarer Zeit eine grössere Menge von Lebensmitteln herbeigeschafft werden kann.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) zeigte die Schwierigkeiten auf, die Woche für Woche in der Lebensmittelzuteilung zu überwinden sind. Es müsse betont werden, daß alle Nahrungsmittel ausschließlich von den Alliierten stammen. Es ist daher deren selbstverständliches Recht zu bestimmen, welche Art von Lebensmitteln und an wen diese ausgegeben werden dürfen. Das Zentralernährungsamt sei nichts anderes als ein Verteilerapparat, der zur Aufbringung der Lebensmittel nichts beizutragen vermag. Es hat allerdings auch dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel gerecht verteilt werden. Das Zentralernährungsamt und dessen Personal, das Tag und Nacht schwer arbeitet, werden sich daher nie dazu hergeben etwas zu tun, was gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet ist.

Als in Erfahrung gebracht wurde, daß in der C.S.F. gewisse Kartoffelmengen übrig wären, hat sich Stadtrat Sigmund sofort nach Prag und Bratislava begeben, um Abschlüsse zu tätigen. In allen solchen Fällen lagen die Schwierigkeiten aber besonders darin, daß Österreich nicht in der Lage ist zu bezahlen. Die Leistung der österreichischen Industrie reiche zu Kompensationsgeschäften noch nicht aus. In der letzten Woche sind auch sechs Züge mit Saatkartoffeln, die zu ihren eigentlichen Zweck nicht mehr gebraucht wurden, ^{zur Verteilung} in Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage an die Wiener Bevölkerung gebracht worden. Seitens des Zentralernährungsamtes werde nichts versäumt, was dazu dienen könnte, um der Wiener Arbeiterschaft zu helfen.

Gemeinderat Bauer (ÖVP) sprach nochmals zu der Frage der Ausgabe von Zusatzkarten für das Hotelgewerbe.

Die beiden Anträge wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.